

Interview

»Es ist Zeit, von der Freiheit aus zu denken«

Es klingt zu schön, um wahr zu sein: Genug Geld zum Leben zu bekommen, ohne eine Gegenleistung erbringen zu müssen. unizeit hat mit dem Wirtschaftsethiker Dr. Alexander Lorch über das »bedingungslose Grundeinkommen« gesprochen.

unizeit: Herr Dr. Lorch, Ihr Buch trägt den Titel »Freiheit für alle« - leben wir in einer unfreien Gesellschaft?

Alexander Lorch: Nein, aber wir verlieren mitunter Freiheitsgrade, weil wir unter dem wirtschaftlichen Diktat der Selbstmaximierung stehen. Es geht häufig nur noch darum, dass wir uns im wirtschaftlichen Wettbewerb behaupten. Der Impetus von »Wohlstand für alle«, dem erhabenen Slogan der Sozialen Marktwirtschaft, war ursprünglich, dass wir wirtschaftlich erfolgreich sein müssen, und dann profitieren auch alle davon. Heute merken wir, dass a) längst nicht alle davon profitieren und b) wir dadurch in ein Zwangskorsett geraten, in dem es zunehmend um die wirtschaftliche Verwertbarkeit geht. Schon bei Kindern im Grundschulalter denken die Eltern darüber nach, wie sie einen tollen Lebenslauf planen, mit dem die Kinder später wirtschaftlich erfolgreich sein können. Wenn wir die Soziale Marktwirtschaft ernst nehmen wollen, könnte da nicht eine andere Forderung dahinter stehen?

Und was hat das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) mit Freiheit zu tun?

Angesichts der ökologischen Krise sehen wir, dass Wirtschaftswachstum uns an Grenzen führt. Es ist an der Zeit, Wirtschaft und Gesellschaft vom Grundwert der Freiheit aus neu zu denken. Das BGE schafft Möglichkeiten, sich von wirtschaftlichen Zwängen zu befreien, und andere Lebensmodelle zu verwirklichen. Statt einer schlecht bezahlten Arbeit nachzugehen, können Bürgerinnen und Bürger mit einem BGE zum Beispiel ihre Eltern pflegen, sich um die Familie kümmern, Künstler sein oder einfach nur denken - irgendetwas, das nicht direkt wirtschaftlich verwertbar sein muss.

Kritiker halten das BGE für nicht umsetzbar, da mittelfristig niemand mehr arbeiten würde.

Sicher muss man realistisch bleiben. Das BGE ist eine radikal utopische Idee, weil es mit einer jahrhundertalten Vorstellung bricht, die aus dem Christentum erwachsen ist. In der Bibel heißt es: »Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen«, der Mensch soll etwas tun, um etwas zu bekommen. Weiterentwickelt wurde das dazu, dass der berufliche Erfolg heute im Grunde auch der gesellschaftliche Stellenwert ist: Man ist, was man

tut. Das BGE stellt diese Vorstellungen in Frage: Pöblich bekommt jemand Geld, ohne etwas dafür zu tun, bedingungslos. Beruflicher Erfolg wäre für die gesellschaftliche Stellung nicht mehr so wichtig, Arbeitsplätze wären nicht mehr die wichtigste Maßnahme der Wirtschaftspolitik. Uns geht in manchen Bereichen ohnehin die Arbeit aus.

Sie meinen die Digitalisierung?

Ja, Digitalisierung und Robotisierung machen immer mehr Arbeitsplätze obsolet. Wir müssen also über grundlegende Veränderungen in der Arbeitswelt nachdenken. Der Knackpunkt beim BGE ist vielmehr das menschliche Menschenbild: Sie sagen, die Menschen sind faul und gehen dann nicht mehr arbeiten, die liegen auf der Couch herum. Das ist aber ein schwaches Argument. Wer nicht arbeiten will, tut das heute schon nicht und bekommt dann eben Hartz IV. Ich tendiere zu einem optimistischeren Menschenbild. Was das BGE verändern würde ist, dass Berufe, die sehr anstrengend sind und schlecht bezahlt werden, nicht mehr attraktiv wären: Etwa Jobs als Putzkraft, im Schlachthof oder Hilfsarbeiter auf dem Bau. Solche Berufe müssten aufgewertet, angenehmer gestaltet oder besser bezahlt werden. Ich glaube auch, dass jeder Mensch sich in irgendeiner Form verwirklichen und etwas Produktives schaffen will.

Wie müsste ein BGE in Deutschland ausgestaltet sein, sprich, wie hoch müsste der Betrag sein?

Die von der EU festgesetzte Armutsgrenze liegt für Deutschland bei gut 1.000 Euro, das sollte die Mindestgrenze für ein BGE sein. Das wäre aber noch kein wirklicher Gewinn an Freiheit, sondern würde nur bedeuten, dass man nicht arm ist. Neben dem bloßen Überleben sollte ein BGE auch gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Die Frage ist ja auch, was ein BGE ersetzen soll. Wenn unser ganzes

Sicherungssystem aufgekündigt würde und wir auch Krankenkassenbeiträge und so weiter von dem BGE bestreiten müssten, müsste das in die Bemessung des Grundeinkommens einfließen.

Leider gibt es kaum empirische Daten zum BGE - sollten wir es nun einfach einmal ausprobieren?

Ja, das wäre sehr wichtig, um genauer beurteilen zu können, ob und wie ein BGE funktionieren kann. Eine Kernfrage muss zuvor aber beantwortet werden: Wer gehört zu dieser Gemeinschaft, die ihren Mitgliedern ein BGE auszahlt? Ein Experiment mit einem Grundeinkommen in Finnland, das Ende letzten Jahres abgeschlossen wurde, war auf finnische Bürgerinnen und Bürger begrenzt, die arbeitslos gemeldet waren. Ein erstes Ergebnis ist, dass sich die Menschen mit einem BGE wesentlich besser befanden und weniger stigmatisiert fühlten. Für einen Versuch ist das gut, dabei sollte es aber nicht bleiben. Die Stadt Flensburg hatte einen ähnlichen Vorstoß gemacht, der vorgeschlagene Feldversuch wurde aber gleich von der Landesregierung abgelehnt. Um Erkenntnisse zu gewinnen, brauchen wir mehr Inkubatoren, kleinere Experimente. Ein BGE stellt unser Arbeitsleben so radikal in Frage, als dass wir alle seine Folgen theoretisch vorhersehen können.

Mit der Absage an Flensburg scheint die Schleswig-Holsteinische Landesregierung diese Utopie auszubremsen zu wollen. Oder was passiert in dem »Zukunftslabor«, wo das Thema BGE gelandet ist?

Das ist nicht so ganz klar. Zunächst war es eine mutige Offenbarung in der Koalitionsvereinbarung, dass das BGE überhaupt ein Thema für die derzeitige Legislaturperiode sein soll. Das fand nicht nur deutschlandweit Beachtung. Spannend



Alexander Lorch forscht zu moderner sozialer Marktwirtschaft. Foto: pur.pur

ist auch, dass das Grundeinkommen parteiübergreifend Interessenten findet, obwohl diese Parteien so unterschiedliche sozialphilosophische Hintergründe haben. Die FDP sieht darin meist eine Möglichkeit, die Wirtschaft weiter zu liberalisieren und Arbeitsmarktgetze abzuschwächen, indem etwa der Mindestlohn wieder abgeschafft werden könnte. Andere Parteien sehen stärker den sozialpolitischen Aspekt: Emanzipation von Arbeitslosenhilfe und Befreiung von Stigmatisierung. Mit dem BGE verhält es sich sehr ähnlich wie mit der Idee der Sozialen Marktwirtschaft: Wir alle finden sie erst einmal gut. Gefährlich wird das, wenn sie zur beliebigen Projektionsfläche wird und zur bloßen Worthülse verkommt. Darum muss klar sein, was genau man mit drei Konzepten verbindet und welche Motive dahinterstehen. Im sogenannten Zukunftslabor will die Landesregierung mit den Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Konzepte vom Grundeinkommen bis zum Bürgergeld diskutieren. Es passiert meiner Meinung nach aber zu wenig. Die Absage an Flensburg ist eine verlorene Chance. Vielleicht nimmt man das Thema dann doch nicht so ernst.

Das Interview führte Denis Schimmel-pfennig.

Dr. Alexander Lorch ist Wirtschaftsethiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Praktische Philosophie der Universität Kiel. Seit zehn Jahren forscht er an den Grundfragen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit in der Wirtschaft. Als Geschäftsführer des Kiel Center for Philosophy, Politics and Economics arbeitet er daran, Themen und Forschungsergebnisse aus der Universität hinaus in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu tragen. In seinem Buch »Freiheit für alle« untersucht Lorch Möglichkeiten für eine moderne Soziale Marktwirtschaft.